

M. II. 1916

*Bürgermeister-Konferenz*

sei eine Zuschrift von der Bezirkshauptmannschaft Humpolez eingelangt, in der sie mitteilte, daß sie nicht wisse, um was es sich handle. Die Firma Prochazka teilte gestern ebenfalls mit, daß sie sich nicht mehr auskenne. Die Prager Statthaltereie habe wohl vom Ministerium bezitierte Weisungen erhalten, habe es aber nicht der Mühe wert gefunden, die Gemeinde entsprechend zu unterstützen.

Die Konferenz nimmt diesen Bericht zur Kenntnis.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß zufolge einer Nachricht im heutigen „Wiener Journal“ das Gaswerk in Laibach seinen Betrieb eingestellt habe. Die Gemeinde Wien befinde sich in einer ähnlichen Lage.

Gaswerks-Direktor Menzel berichtet über den Stand der Kohlenzufuhr für die städtischen Gaswerke und führt aus, daß die städtischen Gaswerke den gesamten Kohlenbedarf für das Jahr 1915 durch Käufe gedeckt hätten. Bei Kriegsausbruch seien Schwierigkeiten aufgetreten. Durch Einberufungen habe die Förderung in den Gruben und wegen mangelhafter Waggonbeistellung die Anlieferung gelitten. Die Förderung in den Gruben sei bis auf 60 Prozent zurückgegangen. Trotzdem sei es möglich gewesen die Gas-Erzeugung im Jahre 1914 und im Winter 1915 weiter zu führen. Bis Mitte Juli 1915 sei das Kohlenlager höher gewesen als im Jahre 1914, und zwar um 3000 Waggon. Nichtsdestoweniger habe der Herr Bürgermeister den Auftrag erteilt, verstärkt Kohle zu beziehen. Die Direktion habe sofort die Kohlenfirmen aufgefordert, verstärkt Kohle zuzuführen. Die Kohlenwerke haben erklärt, der Aufforderung Folge zu leisten, doch hänge dies von der Waggonbeistellung ab.

Hierauf bringt Gaswerks-Direktor Menzel ein Kalendarium über die schriftlichen Eingaben der Gemeinde Wien an die zuständigen Behörden in Angelegenheit der Kohlenversorgung der Wiener städtischen Gaswerke zur Verlesung. Die zahlreichen persönlichen Vorstellungen des Herrn Bürgermeisters bei den in Frage kommenden Ministerien hätten aber bis jetzt keine Abhilfe gebracht. Wenn die Kohlenversorgung so weiter gehe (nicht ganz 26 Prozent der geschlossenen Mengen), so müsse die Gasversorgung in der dritten Jännerwoche eingestellt werden. Es bleiben also nur zwei Wege offen, und zwar: entweder die Gas-Erzeugung derart einzuschränken, daß ein Auslangen mit den vorhandenen Vorräten über den Winter erzielt werden könnte oder es müßte mit allen Mitteln durchgesetzt werden, daß täglich 200 Waggon Kohle nach Wien zugeführt würden.

Eine Einschränkung könne er sich nicht vorstellen. Für eine wirklich wirksame Einschränkung der Gasabgabe könnte er auch in keinem Falle die Verantwortung übernehmen; es würde dies für Wien eine außerordentliche Gefahr bedeuten. Auch wäre eine Einschränkung der Gaslieferung gegenüber dem Auslande ein Skandal. Da die Produktion in den Kohlenrevieren über 100 Prozent betrage, also genügend Kohle vorhanden sei, sei die Ursache des gegenwärtigen Zustandes nur im Mangel an Waggon gelegen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß in dieser Angelegenheit kein Schritt versäumt worden sei und er beantrage, daß eine Deputation der Obmänner-Konferenz beim Ministerpräsidenten vorspreche, um ihn auf die Gefahren aufmerksam zu machen mit dem Bedeuten, daß die Gemeindevertretung, falls den geschilderten Umständen nicht in kürzester Frist abgeholfen werde, die Konsequenzen ziehen müsse.

Gem.-Rat Steiner meint, es solle in dieser Audienz der Ministerpräsident darauf aufmerksam gemacht werden, daß sich die Gemeinde, im Falle nicht umgehend Abhilfe geschaffen werde, direkt an Seine Majestät wenden werde.

Gem.-Rat Dr. Hein führt aus, daß Graf Tisza sehr häufig sich an die Militärbehörde anlässlich verschiedener Übelstände mit Erfolg um Abhilfe gewendet habe; dies geschehe vom österreichischen Ministerpräsidenten niemals. Gelegentlich dieser Audienz solle die Gemeindevertretung ihre eventuelle Demission in Aussicht stellen.

Gem.-Rat Neumann meint, daß die Deputation, da jeder Tag kostbar sei, gleich morgen beim Ministerpräsidenten vorsprechen solle. Eine Drosselung der öffentlichen Beleuchtung sei ganz ausgeschlossen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß die Reduzierung der öffentlichen Beleuchtung auf die Hälfte, 3 1/2 Prozent der gesamten Gas-Erzeugung bedeute. Dies verlängere den Weiterbetrieb nicht um einen Tag.

Gem.-Rat Skaret spricht sein Bedauern über die Art und Weise aus, wie die Gemeinde Wien von der Regierung behandelt werde. Eine Einstellung der Beleuchtung sei bei dem gegenwärtigen fast vollständigen Mangel an Kerzen, Petroleum und Öl nicht denkbar. Es müsse in dieser Audienz dem Ministerpräsidenten direkt gesagt werden, daß die Mitglieder des Gemeinderates auf die Verwaltung dieser Gemeinde verzichten müssen, wenn nicht sofortige Abhilfe geschaffen werde und der Staat solle sich dann selbst aus dieser verhängnisvollen Lage heraushelfen.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller erklärt sich nicht damit einverstanden, die Niederlegung der Mandate in Aussicht zu stellen. Es solle der Bericht des Direktors Menzel in Form eines Komuniquees an die Blätter gegeben werden; wenn auch dann der Artikel konfisziert werde, so würde er doch auf Umwegen in die Öffentlichkeit gelangen. Von der Audienz beim Ministerpräsidenten verspreche er sich keinen großen Erfolg.

Gem.-Rat Dr. v. Dorn erklärt, daß der Weg zum Ministerpräsidenten gemacht werden müsse, und schlägt vor, daß der Direktor der städtischen Gaswerke Ingenieur Menzel bei dieser Audienz miterstehen solle. Wenn binnen drei Tagen nicht abgeholfen werde, dann bleibe als letzter Schritt nur noch die Audienz bei Seiner Majestät dem Kaiser.

Die Konferenz beschließt dahin, Mittwoch den 8. Dezember 1915 durch eine Deputation, der Direktor Menzel beizuziehen ist, beim Ministerpräsidenten vorzusprechen, demselben das vorerwähnte Kalendarium zu überreichen und ihm, falls nicht in drei Tagen Abhilfe geschaffen werde, in Aussicht zu stellen, daß die Gemeinde Wien in dieser Angelegenheit bei Seiner Majestät dem Kaiser vorstellig werde.

Gem.-Rat Steiner erklärt sich mit den gestellten Anträgen einverstanden.

Die Konferenz beschließt weiters, das Kalendarium zu vielfältigen und an sämtliche Mitglieder des Gemeinderates auszusenden.

Gem.-Rat Skaret fragt an, ob von Seite der Gemeinde bezüglich der Preisbildungs-Kommissionen etwas vorgekehrt worden sei.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß der Herr Magistrats-Direktor einen Erlaß bekommen habe, mit dem Auftrage, diese Preisbildungs-Kommissionen zusammenzustellen.